

zu stellt die IPPNW ein Dekontaminationszelt am Berliner Mauerpark auf, um von 11 bis 13 Uhr der Bevölkerung die Hilflosigkeit auch von Ärzten darzustellen, falls in Deutschland tatsächlich ein Super-GAU stattfinden würde. Mit Informationsmaterialien, Geiger-Zähler, Placebo-Jodtabletten und dem geballten ärztlichen Wissen der IPPNW soll Passantinnen und Passanten, deutlich gemacht werden, dass ein Super-GAU auch in Deutsch-

land nicht auszuschließen und die Folgen für Mensch und Umwelt verheerend wären. Tschernobyl und Fukushima mahnen, dies immer und immer wieder auf die Tagesordnung zu bringen. Im geplanten Szenario soll eine Kernschmelze im Berliner Wannsee-Forschungsreaktor (BER-II) simuliert werden: Sonntag, der 26. April, 11 bis 13 Uhr, Platz an der Kreuzung Bernauer/Eberswalder/Oderberger/Schwedter Straße. ●

29 Jahre nach Tschernobyl

Die Fertigstellung des neuen Tschernobyl-Sarkophags ist nicht sichergestellt

Deutschland dringt im Rahmen seiner G7-Präsidentschaft auf eine zügige Fertigstellung des neuen Sarkophags für das zerstörte Atomkraftwerk Tschernobyl in der Ukraine und setzt sich für eine sichere Finanzierung der Baukosten im Rahmen des Chernobyl Shelter Fund (CSF) ein. Das erklärt das deutsche Bundesumweltministerium in einer Pressemitteilung vom 20. März 2015. „Die immer noch radioaktiv strahlende Atomruine muss dauerhaft mittels einer Schutzhülle von der Umwelt abgeschirmt werden“, sagte Umweltstaatssekretär Jochen Flasbarth demnach nach einem Besuch der Baustelle in Tschernobyl. Die Bundesregierung sei weiterhin bereit, ihren Anteil im Rahmen der vereinbarten Lastenteilung in den Fonds einzuzahlen. „Wir erwarten jedoch, dass auch die übrigen Geberländer ihren Anteil beisteuern.“

Deutschland hat bisher rund 90 Millionen Euro in den Tschernobyl-Fonds der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) eingezahlt. Die Bank führt im Auftrag aller Geberstaaten die finanz- und verwaltungstechnische Abwicklung der Projekte in Tschernobyl durch.

Der deutsche Beitrag entspricht nach dem vereinbarten Verteilungsschlüssel 10,6 Prozent des G7/EU-Anteils. Nach den soeben vom Bundeskabinett beschlossenen Eckpunkten für den Bundeshaushalt ist die Bundesregierung bereit, in den nächsten vier Jahren weitere rund 18 Millionen Euro in den Fonds zu geben. Darüber hinaus beteilige sich Deutschland in erheblichem Umfang an dem Beitrag, den die Europäische Kommission in den Fonds einzahle, wird erklärt.

Flasbarth habe sich bei seinem Besuch in Tschernobyl positiv beeindruckt gezeigt vom Stand der Bauarbeiten für die neue Schutzhülle, die über dem havarierten Reaktorblock 4 geschoben werden soll. Dieser „sichere Einschluss“ (New Safe Confinement, NSC) mit 257 Metern Spannweite, 162 Metern Länge und 108 Metern Höhe sei fast fertiggestellt. Er soll die Überführung des Standorts in „einen ökologisch sicheren Zustand“ ermöglichen. Zurzeit würden die zwei nacheinander errichteten Bauhälften des NSC miteinander verbunden. Die weitere Fertigstellung der Verkleidung und die Installation der Innenausrüstung erfolge in sicherer Entfernung vom Sarkophag,

bevor die Hülle in ihre endgültige Position manövriert wird, heißt es.

Die Fertigstellung der Projekte ist zurzeit allerdings nicht sichergestellt, da eine Finanzierungslücke über 615 Millionen Euro bestehe, heißt es in der Mitteilung des Bundes-

Atom Müll

Gorleben soll erste Wahl bleiben

Die Bundesregierung hat die Verlängerung der Veränderungssperre für Gorleben beschlossen und legt sich damit auf diesen Salzstock fest.

Auf Vorschlag von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) hat das Bundeskabinett am 25. März 2015 die Verlängerung der Veränderungssperre für den Salzstock Gorleben bis zum Jahr 2025 beschlossen. Der Bund sei nach dem Standortauswahlgesetz verpflichtet, den Salzstock Gorleben unter Gewährleistung aller rechtlichen Erfordernisse offenzuhalten, solange er nicht im Auswahlverfahren für die Suche nach einem Standort zur Endlagerung der hochradioaktiven Abfälle ausgeschlossen wurde, erklärte das Bundesumweltministerium in einer Mitteilung an die Presse vom selben Tag.

Die ursprüngliche Veränderungssperre für Gorleben aus dem Jahr 2005 war auf 10 Jahre befristet und tritt am 16. August 2015 außer Kraft. Der neuen Verordnung muss noch der Bundesrat zustimmen.

Frau Hendricks machte dazu sich widersprechende Aussagen: Die Verlängerung der Veränderungssperre sei „keine Vorfestlegung auf den Standort Gorleben“. Kein Endlagerstandort sei „gesetzt, aber auch keiner von vornherein ausgenommen“. Sobald im weiteren Verfahren „andere oder weitere Erkundungsstandorte festgelegt werden“, seien auch dort Veränderungssperren zu erlassen. Das sehe

umweltministeriums. Um die Schließung dieser Lücke werde es am 29. April 2015 auf einer Geber-Konferenz gehen, die von Staatssekretär Flasbarth im Rahmen der deutschen G7-Präsidentschaft geleitet werden soll. ●

das Standortauswahlgesetz ausdrücklich vor. Sie betone auch „ausdrücklich, dass die Gorlebenveränderungssperre keine Ungleichbehandlung von Gorleben gegenüber möglichen anderen Standorten ist“. Die Auswahl solle „einzig und allein nach wissenschaftlichen Kriterien erfolgen, die vor allem in der von Bundestag und Bundesrat eingesetzten Endlagerkommission erarbeitet werden“.

Tatsächlich befinden sich in der Endlagerkommission des Deutschen Bundestages keine Wissenschaftler. Keiner der von den Parteien als „Vertreter der Wissenschaft“ benannten Männer in dieser Kommission ist als solcher ausgewiesen. Wissenschaftliche Expertise im Strahlenschutz besitzt dort niemand. [1]

Hoffen auf das Verwaltungsgericht

Mit einem Eilantrag beim Verwaltungsgericht Lüneburg wollte Greenpeace zuvor verhindern, dass sich die Bundesregierung in der Endlagersuche weiter vorab auf Gorleben festlegt. „Die Bundesregierung muss beweisen, dass sie die ergebnisoffene Endlagersuche ernst nimmt und sich von Gorleben verabschiedet“, sagt Mathias Edler, Atomexperte von Greenpeace. „Bleibt die Sperre bestehen, wird eine unabhängige Suche vollends